

RECHT UND STAAT  
IN GESCHICHTE UND GEGENWART  
EINE SAMMLUNG VON VORTRÄGEN UND SCHRIFTEN AUS  
DEM GEBIET DER GESAMTEN STAATSWISSENSCHAFTEN  
82

DIE URSACHEN  
DER WIRTSCHAFTSKRISE

*EIN VORTRAG*

VON

LUDWIG MISES

1 9 3 1

VERLAG VON J.C.B. MOHR (PAUL SIEBECK)  
TÜBINGEN

PDF-Version von Gerhard Grasruck für [www.mises.de](http://www.mises.de)

Alle Rechte vorbehalten  
Printed in Germany

Druck von H. Laupp jr in Tübingen

## Inhaltsverzeichnis.

	Seite
1. Wesen und Funktion des Marktes .....	5
2. Der Konjunkturwechsel .....	10
3. Die gegenwärtige Krise .....	14
4. Die Arbeitslosigkeit.....	15
5. Der Preisfall und die Preisstützungsaktionen .....	23
6. Die Steuerpolitik .....	26
7. Die Goldproduktion.....	29
8. Gibt es einen Ausweg? .....	32



## **1. Wesen und Funktion des Marktes.**

Die marxistische Kritik der kapitalistischen Gesellschaftsordnung erhebt gegen den Kapitalismus den Vorwurf, daß seine Produktionsweise planlos und anarchisch sei. Jeder Unternehmer produziere, nur von seinen Profitinteressen geleitet, blindlings darauf los, ohne sich darum zu kümmern, ob sein Tun dem Bedarfe diene. Da sei es denn nicht erstaunlich, wenn immer wieder schwere Störungen in Gestalt periodischer Wirtschaftskrisen auftreten: Es wäre vergebens, dagegen auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaft anzukämpfen. Erst der Sozialismus werde Abhilfe schaffen, indem er die anarchische Profitwirtschaft durch die planmäßig auf die Bedarfsdeckung gerichtete Gemeinwirtschaft ablösen wird. Genau besehen besagt der Vorwurf, die Wirtschaft sei anarchisch, nichts anderes als das, daß sie eben nicht sozialistisch, ist, daß die unmittelbare Leitung der Produktion nicht einer Zentralstelle, die über alle Produktionsmittel verfügt, überantwortet ist, sondern den Unternehmern und den Eigentümern der Produktionsmittel. Es liegt mithin in der Kennzeichnung der kapitalistischen Wirtschaft durch das Wort »anarchisch« nur die Feststellung der Tatsache, daß in ihr die Leitung der Produktion nicht den Organen des Staates obliegt. Doch in dem Ausdrucke »Anarchie« klingt noch manches andere mit; es verbindet sich mit ihm die Vorstellung unerträglicher Verhältnisse, weil wir ihn sonst zur Bezeichnung eines Gesellschaftszustandes verwenden, in dem mangels eines über Frieden und Beachtung der Gesetze wachenden staatlichen Zwangsapparates das Chaos unaufhörlicher Zwistigkeiten

waltet. Der Marxismus liebt es, solche Ausdrücke zu verwenden, weil er das, was in ihnen mitschwingt, zur Erweckung gefühlsmäßiger Sympathien und Antipathien benötigt, die das Aufkommen kritischer Bedenken verhindern sollen. Diesen Dienst hat denn auch das Schlagwort »Anarchie der Produktion« vortrefflich geleistet. Ganze Generationen haben sich von ihm benebeln lassen; es hat die wirtschaftspolitischen Ideen aller heute wirkenden Parteien beeinflusst, in ganz besonders hohem Maße auch die jener Parteien, die sich selbst mit Emphase als antimarxistisch bezeichnen.

Wenn die kapitalistische Produktionsweise auch anarchisch ist und einer planmäßigen Führung durch eine Zentralstelle entbehrt und wenn die einzelnen Unternehmer und Kapitalisten ihr Handeln nach dem Gewinn, den sie zu erzielen erhoffen, richten, so wäre es doch durchaus verfehlt, anzunehmen, daß ihr eine Einrichtung fehle; die die Produktion in den Dienst der Bedarfsdeckung stellt. Es liegt im Wesen der kapitalistischen Wirtschaft, daß in ihr die Verfügung über die Produktionsmittel sich in letzter Instanz allein nach den Wünschen der Verbraucher richtet, und daß die Unternehmer und Kapitalisten durch einen Zwang, dem sie nicht zu entinnen vermögen, gebunden sind, mit den Produktivgütern und Arbeitskräften so zu verfahren, daß sie die Bedürfnisse der Verbraucher so reichlich, als dies im Hinblick auf den Stand des gesellschaftlichen Wohlstands und der Technik überhaupt möglich ist, befriedigen. Die Gegenüberstellung von kapitalistischer und sozialistischer Produktionsweise als Profitwirtschaft und Bedarfsdeckungswirtschaft ist daher durchaus irreführend. In der kapitalistischen Gesellschaft entscheidet, gerade weil Unternehmer und Kapitalisten auf Rentabilität ihrer Geschäfte bedacht sein müssen, notwendigerweise der Bedarf über Umfang und Richtung der Produktion.

Die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Wirtschaft empfängt ihren Sinn durch den Markt. Der Markt bewirkt durch Verschiebung der Preishöhe, daß

Angebot und Nachfrage sich immer wieder decken. Steigt die Nachfrage nach einem Gute, dann steigt der Preis, und diese Preissteigerung führt zur Vergrößerung des Angebots. Die Unternehmer suchen jene Güter zu erzeugen, deren Verkauf ihnen den höchsten erzielbaren Gewinn verspricht. Sie dehnen jede Produktion bis zu dem Punkte aus, wo sie aufhört rentabel zu sein. Wenn die Unternehmer nur solche Güter erzeugen, deren Absatz Gewinn zu bringen verspricht, so bedeutet das, daß sie keine Ware erzeugen, für deren Herstellung Produktivgüter und Arbeitskräfte verwendet werden müßten, die für die Herstellung anderer, von den Verbrauchern dringender begehrten Waren benötigt werden.

Die Verbraucher sind es, die als letzte Instanz darüber entscheiden, was und wie produziert werden soll. Unternehmer und Kapitalisten werden durch das Gesetz des Marktes gezwungen, die Aufträge der Verbraucher zu befolgen und ihre Wünsche mit dem geringsten Aufwande an Produktivgütern, Zeit und Arbeitskräften zu erfüllen. Der Wettbewerb des Marktes sorgt dafür, daß Unternehmer und Kapitalisten, die dieser Aufgabe nicht gewachsen sind, ihre leitende Stellung im Produktionsprozesse verlieren. Sind sie nicht imstande, im Wettbewerb zu bestehen, d. h. am billigsten und besten die Wünsche des Konsums zu befriedigen, dann erleiden sie Einbußen, die ihre Bedeutung im Wirtschaftsprozeß mindern, und wenn sie nicht rechtzeitig die Mängel ihrer Betriebsführung und Kapitalsverwendung beheben, scheiden sie durch Verlust ihrer Unternehmerstellung und ihres Kapitalbesitzes ganz aus und müssen sich fürderhin als Arbeitnehmer mit bescheidenerer Tätigkeit und geringerem Einkommen begnügen.

Das Gesetz des Marktes gilt auch für die Arbeit: Wie die übrigen Produktionsfaktoren wird auch sie nach ihrer Brauchbarkeit für die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse bewertet. Ihr Preis, der Arbeitslohn, ist eine Markterscheinung wie jede andere, wird durch Angebot und

Nachfrage, durch die Schätzung, die das Produkt der Arbeit in den Augen der Verbraucher findet, bestimmt. Durch Verschiebung der Lohnhöhe leitet der Markt die Arbeitskräfte in jene Produktionszweige, in denen sie am dringendsten benötigt werden, führt er jeder Beschäftigungsgruppe jene Qualität und jene Menge von Arbeit zu, die die den Bedürfnissen der Verbraucher am besten entsprechende Versorgung erfordert.

In der feudalen Gesellschaft wurde man reich durch Krieg und Eroberung und durch die Gnade des Fürsten, wurde man arm, wenn man im Kampfe besiegt wurde oder wenn die Gnade des Monarchen in Ungnade umschlug. In der kapitalistischen Gesellschaft wird man reich, wenn man als Erzeuger von gebrauchsfertigen Waren unmittelbar oder als Erzeuger von Rohstoffen und Halbfabrikaten mittelbar der Masse der Verbraucher, also dem Volke dient. Die kapitalistische Marktwirtschaft ist eine Demokratie, in der jeder Groschen eine Wahlstimme, gibt. Der Reichtum erfolgreicher Geschäftsleute ist das Ergebnis eines Plebiszits der Konsumenten. Und nur der kann einmal erworbenen Reichtum bewahren, der ihn immer wieder aufs neue durch Befriedigung der Wünsche der Konsumenten erwirbt.

Die kapitalistische Gesellschaftsordnung ist mithin im strengsten Sinne des Wortes Wirtschaftsdemokratie; in letzter Linie sind alle Entscheidungen von dem Willen der Volksgenossen als Verbraucher abhängig, und es ist dafür gesorgt, daß in einem Widerstreit zwischen den Absichten der Wirtschaftsleiter und denen der Verbraucher schließlich diese obsiegen. Das ist freilich etwas ganz anderes als jene Pseudowirtschaftsdemokratie, die die Gewerkschaften anstreben. In dieser sollen die Volksgenossen nicht als Verbraucher, sondern als Produzenten die Produktion leiten. Sie sollen nicht als Käufer der Produkte, sondern als Verkäufer der Arbeitskraft, also eines Produktionsmittels, Einfluß ausüben. Der Widersinn dieser Forderung, deren



Durchführung den gesamten Produktionsapparat zerrütten und damit unsere Zivilisation zerstören müßte, ergibt sich aus der einfachen Erwägung, daß die Produktion nicht Selbstzweck ist, sondern dem Verbräuche zu dienen hat. Unternehmer und Kapitalisten schalten unter dem Druck des Marktes in der Produktion als Vollstrecker der Wünsche der Verbraucher; was sie anordnen, was sie vom Arbeiter verlangen, ist in letzter Linie stets durch die Absicht bestimmt, die Bedürfnisse der Verbraucher am zweckmäßigsten zu befriedigen. Gerade das, was man dem Kapitalismus am meisten zum Vorwurf zu machen pflegt, daß er in der Wirtschaft kühl sachlich und unpersönlich alles nur auf den Geldgewinn einrichtet und rationale Zweckmäßigkeit über Gefühlswerte stellt, verbürgt, daß der Wille der Verbraucher zur alleinigen Richtschnur des Handelns wird. Dadurch, daß der Markt den Unternehmer zwingt, seinen Betrieb so zu führen, daß er den höchsten Ertrag herauswirtschaftet, werden die Bedürfnisse der Verbraucher am besten und billigsten gedeckt. Würde man in den Betrieben nicht mehr auf den erzielbaren Ertrag, sondern auf den Wunsch der Arbeiter, sich die Arbeit möglichst bequem einzurichten, Rücksicht nehmen, dann würden die Interessen der Verbraucher geschädigt werden. In der Führung der Unternehmung übt der Unternehmer ein gesellschaftliches Amt, wenn er auf höchste Rentabilität Bedacht nimmt; wer ihm da in den Arm fallen will, um anderen Rücksichten als denen des Geschäftsgewinnes die Oberhand zu verschaffen, handelt antisozial, gefährdet die Versorgung der Bedürfnisse der Verbraucher.

Arbeiter und Verbraucher sind aber identisch. Wenn wir sie unterscheiden, sondern wir damit nur gedanklich die Funktion im Rahmen der Gesellschaft, dürfen aber durchaus nicht in den Fehler verfallen, dabei an verschiedene Personenkreise zu denken. Daß auch die Unternehmer und Kapitalisten verzehren, spielt quantitativ nur eine unterge-

ordnete Rolle. Der für die Wirtschaft entscheidende Konsum ist der der Massen. Mittelbar oder unmittelbar steht die kapitalistische Produktion in erster Linie im Dienste des Massenverbrauchs. Will man die Lage des Verbrauchers verbessern, so gibt es dafür kein anderes Mittel als das, die Unternehmungen noch produktiver zu gestalten, sie noch mehr zu rationalisieren, wie man heute zu sagen pflegt. Nur wenn man den Verbrauch einschränken will, dürfte man das treiben, was man Produzentenpolitik nennt, nämlich Maßnahmen ergreifen, die das Interesse des Produzenten über das des Konsumenten setzen.

Auflehnung gegen die Gesetze, die der Markt der Produktion diktiert, muß immer auf Kosten des Verbrauchs gehen. Das muß man sich vor Augen halten, wenn man Eingriffe fordert, die die Produzenten der Notwendigkeit, sich dem Markte zu fügen, entbinden sollen.

Der Mechanismus des Marktes gibt der kapitalistischen Wirtschaft ihren Sinn, stellt Unternehmer und Kapitalisten in den Dienst der Bedürfnisbefriedigung. Stört man das Spiel dieses feinen Apparates, dann ruft man Störungen hervor, die die Anpassung des Angebots an den Bedarf verhindern und die Produktion auf Wege lenken, auf denen sie nicht zu dem Ziele des Wirtschaftens - Befriedigung der Bedürfnisse - zu gelangen vermag.

Diese Störungen sind die Wirtschaftskrisen.

## **2. Der Konjunkturwechsel.**

In unserer Wirtschaft pflegen in einer gewissen Regelmäßigkeit Zeiten guten Geschäftsganges mit Zeiten schlechten Geschäftsganges abzuwechseln. Auf wirtschaftlichen Aufschwung folgt Niedergang, auf den Niedergang wieder Aufschwung und so fort. Das Problem des Konjunkturwechsels hat begreiflicherweise die Aufmerksamkeit der

nationalökonomischen Theorie in besonders hohem Maße erweckt. Man hat zunächst verschiedene Hypothesen aufgestellt, die einer kritischen Prüfung nicht standzuhalten vermochten. Schließlich gelangte man dazu, eine Theorie der Konjunkturschwankungen auszuarbeiten, die den Anforderungen, die wir an die wissenschaftliche Lösung des Problems zu stellen berechtigt sind, entspricht: die Zirkulationskredittheorie, die man gewöhnlich als die monetäre Konjunkturtheorie bezeichnet. Sie ist von der Wissenschaft allgemein anerkannt und alle konjunktur-politischen Maßnahmen, die ernst zu nehmen sind, gehen von den Gedankengängen aus, die ihr zugrunde liegen.

Die Zirkulationskredittheorie (monetäre Konjunkturtheorie) sieht die Wurzel der zyklischen Konjunkturveränderungen in dem Bestreben, durch bankpolitische Maßnahmen - Erweiterung des Bankkredits durch Schaffung und Ausgabe von zusätzlichen Umlaufmitteln (d. s. nicht durch Gold gedeckte Banknoten und Kassenführungsguthaben) - den Zinsfuß der Darlehen künstlich zu ermäßigen. Auf dem durch das Eingreifen solcher - man könnte sagen: inflationistischer - Bankpolitik nicht gestörten Märkte bildet sich ein Zinssatz, bei dem alle jene Geschäfte betrieben und alle jene Anlagen errichtet werden, für die die Mittel in der Wirtschaft vorhanden sind. Wir nennen diesen Zinssatz den natürlichen oder statischen Zins. Würde an diesem Zinssatz festgehalten werden, dann würde die wirtschaftliche Entwicklung - von dem Einfluß von Elementarkatastrophen oder politischer Aktionen (Krieg, Revolution u. dgl.) abgesehen - sich gradlinig vollziehen. Daß sie wellenförmig verläuft, ist dem Eingreifen der Zinsfußpolitik der Banken zuzuschreiben.

Unter dem Einflusse der allgemein die Politiker, die Geschäftsleute, die Presse und die öffentliche Meinung beherrschenden Auffassung, die in der Herabdrückung des durch die Marktlage gegebenen Zinssatzes ein anstrebenwertes

Ziel der Wirtschaftspolitik erblickt und meint, daß man dieses Ziel am einfachsten durch Erweiterung des Bankkredits erreichen könne, wird der Versuch, einen Konjunkturaufschwung durch die Gewährung von zusätzlichen Darlehen anzufachen, immer wieder von neuem unternommen. Das Ergebnis solcher Kreditexpansion entspricht nun wohl zunächst den Erwartungen; das Geschäft wird belebt, es kommt zum Aufschwung. Doch die von der Krediterweiterung ausgehende anregende Wirkung kann nicht ewig währen; die Konjunktur, die so geschaffen wurde, muß früher oder später zusammenbrechen.

Bei dem Zinssatze, der sich auf dem Markte vor dem Eingreifen der zusätzlichen Zirkulationskredit schaffenden Banken gebildet hatte, konnten nur solche Unternehmungen und Geschäfte rentabel erscheinen, für die die erforderlichen Produktionsmittel in der Volkswirtschaft verfügbar waren. Durch die Erweiterung des Kredits wird der Zinssatz ermäßigt, und nun erscheinen auch Geschäfte, die früher unrentabel schienen, rentabel; daß auch diese Geschäfte nun unternommen werden, ist es gerade, was den Aufschwung auslöst. Doch für sie ist die Volkswirtschaft nicht reich genug. Die Mittel, die sie beanspruchen, sind nicht verfügbar und müssen erst anderen Geschäften entzogen werden; wären sie verfügbar gewesen, dann hätte es nicht erst der Krediterweiterung bedurft, um Neues zu ermöglichen. Die Krediterweiterung kann den Sachgütevorrat nicht mehren; was sie bewirkt, ist nur eine andere Verfügung über ihn. Sie lenkt die Kapitalinvestition von der Richtung ab, die ihr der Stand des gesellschaftlichen Reichtums und die Lage des Marktes vorschreiben; sie läßt die Produktion Wege gehen, die sie nur hätte beschreiten dürfen, wenn der Wirtschaft ein Mehr an materiellen Gütern zugewachsen wäre. Der Aufschwung entbehrt mithin der festen Grundlage; er ist nicht Blüte, sondern Scheinblüte; er ist nicht durch Anwachsen des gesellschaftlichen Wohlstands entstanden, sondern da-

durch, dass die Krediterweiterung dieses Anwachsens vor-täuscht. Früher oder später muß es zutage treten, daß die Konjunktur auf Sand gebaut war.

Denn früher oder später muß die Krediterweiterung durch Schaffung zusätzlicher Umlaufmittel zum Stillstand kommen. Die Banken könnten, auch wenn sie wollten oder durch den stärksten Druck von außen dazu gezwungen würden, diese Politik nicht endlos fortsetzen. Die fortschreitende Vergrößerung der Umlaufmittelmengen führt zu fortschreitenden Preissteigerungen. Inflation kann jedoch nur solange fortgehen, als die Meinung besteht, daß sie doch in absehbarer Zeit aufhören wird. Hat aber einmal die Überzeugung sich festgesetzt, daß die Inflation nicht mehr zum Stillstand kommen wird, dann bricht eine Panik aus. Das Publikum nimmt in der Bewertung des Geldes und der Waren die erwarteten Preissteigerungen schon voraus in Rechnung, so daß die Preise sprunghaft über alles Maß hinaufschnellen, es wendet sich von dem Gebrauch des durch die Umlaufmittelvermehrung kompromittierten Geldes ab, flüchtet zum ausländischen Geld, zum Barrenmetall, zu den »Sachwerten«, zum Tauschhandel, kurz die Währung bricht zusammen.

Die Rücksichtnahme auf die Gestaltung der Handelsbeziehungen zum Auslande und vor allem auch die Erfahrungen, die in vergangenen Krisenzeiten gemacht wurden und vielfach ihren Niederschlag in gesetzlichen Beschränkungen des Notenausgaberechtes und der Kreditgewährung der Zentralbanken gefunden haben, führen dazu, daß die Politik der Krediterweiterung in der Regel schon lange bevor dieser kritische Punkt erreicht ist, aufgegeben wird. Doch einmal müßte die Politik der Krediterweiterung ans Ende gelangen, wenn nicht schon früher durch eine Umkehr der Banken, so doch später in einem katastrophalen Zusammenbruch. Je früher die Krediterweiterungspolitik abgebremst wird, desto geringer ist der Schaden, den sie durch Fehlleitung der Unternehmungstätigkeit angerichtet hat, desto milder ist die

Krise, desto kürzer die folgende Periode des Geschäftsstillstandes und der allgemeinen Entmutigung.

Das Auftreten der periodisch wiederkehrenden Wirtschaftskrisen ist die notwendige Folge der immer wieder erneuten Versuche, durch Mittel der Bankpolitik den natürlichen Zinsfuß des Marktes herabzudrücken. Sie werden nicht eher verschwinden, bis man nicht gelernt haben wird, auf alle derartige Ankurbelung zu verzichten, weil doch die künstlich angeregte Hausse unabwendbar zur Krise und zur Depression führen muß.

### **3. Die gegenwärtige Krise.**

Auch die Krise, unter der wir heute leiden, ist die Auswirkung einer Krediterweiterung, ist der unvermeidliche Rückschlag, der auf jede Hausse folgen muß, die der Versuch, durch Vermehrung der Umlaufmittel den natürlichen Zinssatz des Marktes herabzudrücken, ausgelöst hat. Sie unterscheidet sich jedoch in wesentlichen Punkten von den früheren Krisen, wie sich schon die Hausseperiode, die ihr voranging, von den früheren Haussebewegungen unterschieden hat.

Die letzte Hausseperiode hat, zumindest in Europa, nicht ganz durchgegriffen. Vom Aufschwunge, der in manchen Ländern recht stürmisch war, wurden manche Länder und manche Produktionszweige wenig oder überhaupt nicht berührt. Ein Stück Depression blieb auch im Aufschwung zurück. Man hätte nach älteren Erfahrungen und in Übereinstimmung mit unserer Theorie annehmen müssen, daß darum die Krise milder sein werde. Sie ist aber weit schärfer, und wird auch - wie es scheint - nicht bald besserer Konjunktur weichen.

Es ist nicht zu verkennen, daß die Unrentabilität vieler Produktionszweige und die Arbeitslosigkeit eines nicht unbe-

trächtlichen Teiles der Arbeitnehmer nicht nur Folge des Abstieges der Konjunktur ist. Unrentabilität und Arbeitslosigkeit werden im Augenblick durch die allgemeine Depression verstärkt, sie sind aber in der Nachkriegszeit zu dauernden Erscheinungen geworden, die auch im Aufschwung nicht ganz geschwunden sind. Wir stehen hier vor einem neuen Problem, das uns die Theorie des Konjunkturwechsels allein nicht zu beantworten vermag.

Betrachten wir zunächst die Arbeitslosigkeit.

#### **4. Die Arbeitslosigkeit.**

Auch der Arbeitslohn ist eine Markterscheinung wie der Kapitalzins und wie die Preise der Güter. Der Lohn wird durch die Produktivität der Arbeit bestimmt. Bei den Lohnsätzen, denen der Markt zustrebt, müßten alle Arbeitssuchenden Beschäftigung, müßten alle Unternehmer die Arbeiter finden, die sie suchen. Da die Marktverhältnisse, aus denen die statischen oder natürlichen Lohnsätze hervorgehen, stetem Wandel unterworfen sind, die beständige Schwankungen der Löhne in den einzelnen Beschäftigungsgruppen hervorrufen, und da immer eine gewisse Zeit verstreichen muß, bis Arbeitssuchende und Arbeitgebende einander gefunden haben, gibt es wohl immer eine gewisse Anzahl von Arbeitslosen, d. h. von Menschen, die auf der Suche nach Arbeit sind, wie es auch auf dem unbehinderten Wohnungsmarkte immer leerstehende Wohnungen und Wohnungssuchende gibt und auf den Warenmärkten unverkaufte Waren und Kauflustige, die noch nicht das gefunden haben, was sie suchen. Größeren Umfang kann jedoch die Arbeitslosigkeit nicht annehmen, d. h. es kann nicht dazu kommen, daß Arbeitsfähige längere Zeit, viele Monate oder gar Jahre Arbeit suchen, ohne welche zu finden. Wenn der Arbeiter längere Zeit hindurch nicht die Arbeit findet, die er sucht, dann muß er entweder seine Lohnan-

sprüche herabsetzen oder sich einer anderen Beschäftigung zuwenden, wo er höheren Lohn zu erhalten hofft. Für den Unternehmer ist die Verwendung von Arbeitern Teil eines Geschäftes; sinkt der Lohn, so steigt die Rentabilität seines Unternehmens, er kann mehr Arbeiter einstellen. Die Arbeiter haben es mithin in der Hand, die Nachfrage nach Arbeitskräften zu erhöhen.

Das bedeutet nun ganz und gar nicht, daß der Markt die Tendenz hätte, den Lohnsatz ständig zu drücken. Wenn die Konkurrenz der Arbeiter die Tendenz hat, den Lohn zu drücken, so hat der Wettbewerb der Unternehmer wieder die Tendenz, ihn in die Höhe zu treiben. Durch das Zusammenspiel von Nachfrage und Angebot entsteht der Lohnsatz des Marktes. Die Stärke, mit der der Wettbewerb der Unternehmer um den Arbeiter wirksam ist, macht man sich am besten klar, wenn man sich an die beiden charakteristischsten Massenbewegungen des 19. und des beginnenden 20. Jahrhunderts erinnert. Die vielberufene Landflucht bestand darin, daß die Landwirtschaft Arbeiter an die Industrie abgeben mußte, weil sie die höheren Löhne, die die Industrie bieten konnte, aber auch bieten mußte, um die Arbeiter aus Landwirtschaft, Handwerk und Hausarbeit heranzuziehen, selbst nicht zu leisten vermochte. Und die Auswanderung führte ständig Arbeitskräfte aus den Gegenden, in denen die Ungunst der allgemeinen Produktionsbedingungen den Lohn niedrig hielt, in Länder, in denen die Produktivität es ermöglichte, höhere Löhne zu zahlen. Von jeder Steigerung der Produktivität bekommt der Lohnarbeiter seinen Teil. Den rentablen Unternehmungen, die sich erweitern wollen, steht ja kein anderes Mittel zu Gebote, Arbeiter anzuziehen als die Lohnsteigerung. Die gewaltige Hebung der Lebenshaltung der Massen, die die kapitalistische Entwicklung mit sich gebracht hat, ist das Ergebnis der Erhöhung der Reallöhne, die mit der Steigerung der Produktivität der Betriebe Schritt hielt.



Diese Selbstregulierung des Marktes wird nun durch das Eingreifen der Gewerkschaften, die unter dem Schutze und unter der Beihilfe der Staatsgewalt ihre Wirksamkeit entfalten, empfindlich gestört.

Nach der Auffassung der Gewerkschaften wird der Lohn durch die Machtverhältnisse bestimmt. Gelingt es den Gewerkschaften, die Unternehmer durch Gewaltandrohung und Gewaltanwendung einzuschüchtern und die nicht zu den Gewerkschaften haltenden Arbeiter durch Brachialgewalt fernzuhalten, dann könne der Lohnsatz, ohne daß irgendwelche unerwünschte Nebenwirkungen auftreten, in jeder beliebigen Höhe festgesetzt werden. Dieser Auffassung erscheint die Auseinandersetzung zwischen Unternehmern und Arbeitern als Kampf, in dem die Billigkeit und die sittliche Weihe ganz auf Seite der Arbeitnehmer stehen. Unternehmergewinn und Kapitalzins erscheinen als unrechtes Gut, sie stammen aus der Ausbeutung des Arbeitnehmers her und sollen als arbeitsloses Einkommen beseitigt werden. Diese Aufgabe haben neben den überhöhten Löhnen die Steuern und Soziallasten zu erfüllen, deren Erträgnis in dem unter Einfluß der gewerkschaftlichen Parteien stehenden Staat mittelbar zugunsten der Arbeiter verwendet werden soll.

Zur Erreichung ihrer Ziele bedienen sich die Gewerkschaften der Gewalt. Nur solche Arbeiter dürfen in den Betrieben arbeiten, die der Gewerkschaft angehören, die von ihr festgelegten Lohnsätze fordern und die Arbeit in der von der Gewerkschaft bestimmten Weise verrichten. Weigert sich der Unternehmer, die Bedingungen der Gewerkschaft anzunehmen, dann kommt es zur Arbeitseinstellung, und die Arbeiter, die ungeachtet des von der Gewerkschaft über das Unternehmen verhängten Verrufs arbeiten wollten, werden durch Tätlichkeiten gezwungen, von ihrem Vorhaben abzustehen. Diese Taktik der Gewerkschaften hat natürlich zur Voraussetzung, daß der Staat ihr Verhalten zumindest duldet. Würde er gegen die Gewalttäter, die die Arbeitswilligen mißhandeln

und in den Unternehmungen, die Streikbrecher einstellen wollen, Maschinen und Betriebseinrichtungen zerstören, so vorgehen, wie er sonst gegen Gewalttäter einschreitet, dann wäre die Sachlage eine andere. Doch das Charakteristische des modernen Staates ist es eben, daß er vor den Gewerkschaften kapituliert hat. Die Gewerkschaften haben nun die Macht, die Löhne über die Sätze, die sich auf dem unbehinderten Markte bilden, hinaufzusetzen. Derartige Eingriffe rufen jedoch eine Reaktion hervor. Zu dem Marktsatze konnten alle Arbeitsuchenden Arbeit finden. Das ist gerade das Wesen des Marktsatzes, daß er sich in jener Höhe festlegt, in der Angebot und Nachfrage sich decken. Steigt der Lohn darüber hinaus, dann nimmt die Zahl der beschäftigten Arbeiter ab. Es entsteht Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung. Ein beträchtlicher Teil der Arbeiterschaft kann zu dem von den Gewerkschaften festgelegten Lohnsatz überhaupt keine Arbeit finden. Die Lohnerhöhung eines Teiles der Arbeiter geht auf Kosten einer immer stärker anschwellenden Zahl von Arbeitslosen.

Eine gewisse Zeit hindurch würden die Arbeitslosen diesen Zustand vielleicht noch ertragen. Aber schließlich und endlich würden sie sagen: lieber niedrigeren Lohn als gar keinen Lohn. Dem Ansturm von Hunderttausenden und Millionen könnten auch die Gewerkschaften nicht widerstehen, ihre Politik der Fernhaltung der Arbeitswilligen würde zusammenbrechen, der Lohnsatz des Marktes würde wieder zur Geltung kommen. Hier setzt nun die Unterstützung der Arbeitslosen ein. Ihre Funktion bedarf keiner weiteren Erläuterung.

Wir sehen also: Die Arbeitslosigkeit als Dauer- und Massenerscheinung ist das Ergebnis der von den Gewerkschaften eingeschlagenen Politik, den Lohnsatz hinaufzutreiben. Ohne Arbeitslosenunterstützung hätte diese Politik schon längst Schiffbruch erleiden müssen. Die Arbeitslosenunterstützung ist mithin nicht eine Maßnahme zur Linderung der durch die Arbeitslosigkeit hervorgerufenen Not, wie die irgeleitete öffentliche Meinung annimmt. Sie ist im Gegenteil ein Glied

in der Kette von Ursachen, die die Arbeitslosigkeit als Dauer- und Massenerscheinung erst schaffen.

Es ist nicht zu verkennen, daß das Verständnis dieser Zusammenhänge in den letzten Jahren an Verbreitung gewonnen hat. Wenn auch noch recht vorsichtig und mit tausend Vorbehalten, wird doch allgemein zugegeben, daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften für Dauer und Umfang der Arbeitslosigkeit verantwortlich ist. Alle ernstgemeinten Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beruhen auf der Anerkennung dieser Lehre. Wenn man anregt, den Unternehmern, die Arbeitslose in ihre Betriebe einstellen wollen, einen Teil des Lohnaufwandes unmittelbar oder mittelbar aus öffentlichen Mitteln zu vergüten, so erkennt man an, daß die Unternehmer bei einem niedrigeren Lohnstande in der Lage wären, mehr Arbeiter zu beschäftigen als bei einem höheren. Wenn man vorschlägt, der Staat oder die Gemeinden mögen ohne Rücksicht auf die Rentabilität Arbeiten ins Werk setzen, die die Privatwirtschaft, weil sie unrentabel sind, nicht leisten will, so heißt auch das nichts anderes, als daß der Lohn so hoch ist, daß er eine Rentabilität dieser Unternehmungen nicht zuläßt. (Nebenbei bemerkt übersieht dieser Vorschlag ganz, daß Staat und Gemeinden nur dann bauen und investieren können, wenn sie die hierfür erforderlichen Mittel der Privatwirtschaft entziehen, so daß also die Verwirklichung dieses Vorschlages auf der einen Seite genau so viel neue Arbeitslosigkeit schaffen müßte, als auf der anderen Seite Arbeitslosigkeit beseitigt wird.) Wenn man neustens wieder daran denkt, die Arbeitszeit zu verkürzen, so bedeutet auch das eine Anerkennung unserer Auffassung. Denn indem dieser Vorschlag die Arbeitszeit dergestalt kürzen will, daß alle Arbeitslosen Beschäftigung finden, und dabei jedem einzelnen Arbeiter in dem Maße, in dem er weniger zu arbeiten hat als heute, geringeren Lohn zukommen lassen will, setzt er als selbstverständlich voraus, daß beim Satze der gegenwärtigen Entlohnung nicht mehr Arbeit zu finden ist, als gegenwärtig

vergeben wird. Daß die Löhne zu hoch sind, um allen Beschäftigung zu geben, gibt auch zu, wer die Forderung aufstellt, die Arbeiter mögen ohne Erhöhung des Lohnsatzes ihre Leistung steigern. Wo Zeitlohn herrscht, bedeutet dies ja ohne weiteres Verbilligung der Arbeit, und dort, wo Stücklohn herrscht, dasselbe unter der Voraussetzung, daß die Stücklöhne gekürzt werden. Denn selbstverständlich kommt es nicht auf die absolute Höhe der Zeitlöhne an, sondern auf die Lohnkosten, die eine bestimmte Arbeitsleistung verursacht.

Aber auch offen wird heute schon die Forderung aufgestellt, daß die Löhne ermäßigt werden, und in vielen Betrieben sind sie bereits nicht unwesentlich herabgesetzt worden. Staatsmänner und Zeitungen richten an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sie möchte doch einiges von ihren Lohnforderungen nachlassen, sie möge um des allgemeinen Wohles willen ein Opfer auf sich nehmen. Um dieses erträglicher zu gestalten, wird den Arbeitern Abbau der Preise in Aussicht gestellt, und die Regierungen suchen einen Druck auf die Unternehmer auszuüben, um Preissenkungen zu erzielen.

Doch es handelt sich, das muß mit besonderem Nachdruck betont werden, nicht um den Abbau der Löhne, sondern um die Wiederherstellung der Freiheit der Lohnbildung. Daß diese zunächst für viele Arbeitergruppen zu Lohnsenkung führen würde, ist richtig; wie weit diese Lohnsenkung gehen muß, um die Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung zu beseitigen, kann nur durch die freie Lohnbildung auf dem Arbeitsmarkt gezeigt werden. Verhandlungen zwischen Gewerkschaftsführern und Unternehmerverbänden mit oder ohne Mitwirkung von Behörden, Sprüche von Schlichtern und ähnliche Auskunftsmittel des Interventionismus können dafür keinen Ersatz bieten. Die Lohnbildung muß wieder frei werden, sie darf weder durch den Zwangsapparat des Staates noch durch den Knüppel des Streikpostens behindert werden. Nur dann wird sie ihre Funktion zu erfüllen vermögen, Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte zur Deckung zu bringen.

Die Forderung, daß mit dem Abbau der Löhne auch ein Abbau der Preise verbunden werde, verkennt, daß die Löhne gerade darum zu hoch erscheinen, weil sie den nahezu allgemeinen Rückgang der Preise nicht mitgemacht haben. Gewiß: die Preise mancher Artikel konnten den Preisrückgang nicht so mitmachen, wie sie ihn auf einem unbehinderten Markte mitgemacht hätten, weil sie entweder durch besondere obrigkeitliche Eingriffe (z. B. Zölle) geschützt waren oder weil in ihnen Arbeitslöhne und Steuern als beträchtliche Kostenfaktoren enthalten sind. Die Senkung der Kohlenpreise wird im Deutschen Reiche durch die Starrheit der Löhne, die in der Steinkohलगewinnung 56% des Wertes der Produktion ausmachen, aufgehalten. Der Inlands-Eisenpreis kann über dem Weltmarktpreis nur darum stehen, weil die Zollpolitik die Errichtung nationaler Eisenkartelle und internationaler Vereinbarungen zwischen den nationalen Kartellen ermöglicht. Auch hier könnte man jedoch nur Beseitigung der der freien Marktpreisbildung entgegenstehenden Hindernisse verlangen, doch nicht einen von der Regierung, von den Gewerkschaften, von der öffentlichen Meinung oder von wem sonst immer diktierten Preisabbau.

Ganz verfehlt ist es, wenn man gegen die Behauptung, die Arbeitslosigkeit sei eine Folge der Überhöhung der Löhne, das Argument ins Treffen führt, daß die Löhne anderwärts noch höher sind. Würden die Arbeiter volle Freizügigkeit genießen, dann würde in der Weltwirtschaft eine Tendenz zur Angleichung des Lohnes für gleichartige Arbeit bestehen. Die Freizügigkeit des Arbeiters ist aber in den letzten Jahren sehr wesentlich eingeschränkt, ja nahezu aufgehoben worden. Die Gewerkschaften fordern vom Staate, daß er den Zuzug von Arbeitern aus dem Auslande untersage, damit diese Einwanderer nicht durch Unterbieten der von den Gewerkschaften geforderten Lohnsätze die gewerkschaftliche Politik durchkreuzen. Hätte es keine Einwanderungsbeschränkungen gegeben, dann wären im letzten Jahrzehnt wohl Millionen Ar-

beiter aus Europa nach den Vereinigten Staaten ausgewandert, und diese Wanderbewegung hätte den Abstand, der zwischen den amerikanischen und zwischen den europäischen Löhnen besteht, vermindert. Durch die Unterbindung der Einwanderung in die Vereinigten Staaten werden die Löhne in den Vereinigten Staaten erhöht, in Europa gesenkt. Nicht die Hartherzigkeit der europäischen Kapitalisten, sondern die Politik der Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten (und übrigens auch der Australiens und anderer Überseeländer) ist für die Höhe des Abstandes zwischen den Löhnen hier und in Übersee verantwortlich. Übrigens befolgen auch in den meisten europäischen Ländern die Arbeiter dieselbe Politik der Fernhaltung ausländischer Konkurrenten; auch sie lassen ausländische Arbeiter nur beschränkt oder gar nicht in das Land herein, um auf diese Weise die gewerkschaftliche Politik der Hochhaltung der Löhne zu stützen.

Eine weitverbreitete Auffassung macht die Rationalisierung für die Arbeitslosigkeit verantwortlich. Durch die Rationalisierung würden Arbeiter entbehrlich, die - weil eben überall rationalisiert wird - nirgends Beschäftigung finden könnten.

Der Ausdruck »Rationalisierung« ist ein modernes Schlagwort, das noch vor kurzem kaum gebraucht wurde. Doch das, was es ausdrückt, ist durchaus nicht neu. Der kapitalistische Unternehmer ist immerfort bestrebt, die Erzeugung und den Vertrieb zweckmäßiger zu gestalten. Es hat Zeiten gegeben, in denen der Gang der Rationalisierung verhältnismäßig stürmischer war als in den letzten Jahren. Als die Schmiede durch Stahl- und Walzwerke, Handweberei und Handspinnerei durch die mechanischen Stühle und Spindeln, die Postkutsche durch die Dampfeisenbahn ersetzt wurden, wurde in größtem Maße rationalisiert, wenn man das Wort auch nicht kannte und wenn auch die Behörden, Kuratorien und Kommissionen fehlten, die heute mit ihren Berichten, Programmen und Leitsätzen die technischen Umwälzungen begleiten. Immer hat der

industrielle Fortschritt Arbeiter freigesetzt, und immer hat es Kurzsichtige gegeben, die befürchteten, daß für die freigesetzten Hände keine Beschäftigung mehr zu finden wäre, und die deshalb den Fortschritt aufzuhalten suchten. Immer haben die Arbeiter sich gegen technische Verbesserungen gewehrt, und immer fanden sich Literaten, die diesen Widerstand als berechtigt erklärten. Jede Erhöhung der Ergiebigkeit der Arbeit ist von den Unternehmern im Kampfe gegen die Regierungen, die »Philanthropen«, die »Ethiker« und die Arbeiter durchgesetzt worden. Hätte die Lehre, die die Arbeitslosigkeit auf die Rationalisierung zurückführt, recht, dann hätten am Ende des neunzehnten Jahrhunderts von hundert Arbeitern neunundneunzig feiern müssen.

Die durch die Ausgestaltung der Betriebstechnik freigesetzten Arbeiter finden an anderer Stelle Verwendung. Mit ihnen werden die neuentstehenden Industriezweige besetzt, durch ihre Arbeit wird jenes Mehr an Gütern mitgeschaffen, das infolge der Rationalisierung dem Verbrauch zugeführt werden kann. Dieser Prozeß wird heute dadurch unterbunden, daß die freigesetzten Arbeiter Arbeitslosenunterstützung erhalten und es daher nicht für nötig erachten, Arbeitszweig und Arbeitsort zu verändern, um wieder Beschäftigung zu finden. Nicht weil rationalisiert wird, sondern weil die Arbeitslosen der Notwendigkeit, sich nach neuer Arbeit umzusehen, enthoben werden, gibt es Arbeitslosigkeit als Dauererscheinung.

### **5. Der Preisfall und die Preisstützungsaktionen.**

Die Auflehnung gegen die Preisbildung des Marktes beschränkt sich nicht auf Zinssätze und Löhne. Hat man sich einmal auf den Standpunkt gestellt, die Auswirkung der Marktpreisgestaltung auf die Produktion nicht zu dulden, dann wäre wohl auch nicht einzusehen, warum man vor den Warenpreisen Halt machen sollte.

Wenn die Preise der Kohle, des Zuckers, des Kaffees, des Roggens sinken, so heißt das, daß die Konsumenten verhältnismäßig nach anderen Waren mehr Bedarf haben als nach diesen. Durch den Preisrückgang wird ein Teil der Betriebe, die diese Waren erzeugen, unrentabel und zur Einschränkung oder Auflassung der Produktion genötigt. Die freiwerdenden Kapitalien und Arbeitskräfte wenden sich dann anderen Zweigen der Wirtschaft zu, um dort Waren zu erzeugen, nach denen stärkere Nachfrage herrscht.

Doch da greift schon wieder die Politik ein. Sie sucht die Anpassung der Erzeugung an die Bedürfnisse des Verbrauchs zu unterbinden. Sie will dem durch die Preisrückgänge betroffenen Produzenten zu Hilfe kommen.

In den letzten Jahren hat die kapitalistische Produktionsweise sich in stärkerer Weise der Urproduktion zugewendet. Das Ergebnis ist, wie überall, wo der Kapitalismus zur Geltung kommt, eine staunenswerte Vervielfältigung der Erergiebigkeit. Getreide, Obst, Fleisch, Gummi, Wolle, Baumwolle, Öl, Kupfer, Kohle, Erz stehen uns heute in viel reicherer Weise zur Verfügung als vor dem Kriege und in den ersten Nachkriegsjahren. Noch vor kurzem glaubten die Regierungen auf Mittel und Wege sinnen zu müssen, um dem Rohstoffmangel abzuhelfen. Als - ohne ihr Zutun - die fetten Jahre kamen, nahmen sie sofort den Kampf auf, um die Auswirkung dieses Reichtums auf die Wohlfahrt zu unterbinden. Die brasilianische Regierung will den Niedergang des Kaffeepreises aufhalten, weil sie die Plantagenbesitzer, die auf schlechterem Boden oder mit weniger Kapital arbeiten, vor der Notwendigkeit, den Anbau einzuschränken oder aufzugeben, bewahren will. Die weit reichere Regierung der Vereinigten Staaten will den Niedergang des Weizenpreises und den mancher anderer Preise aufhalten, weil sie den auf schlechterem Boden arbeitenden Farmer der Notwendigkeit der Umstellung oder Einstellung des Betriebes entheben will. Ungeheure Mittel werden auf der ganzen Welt für ganz aus-



sichtslose Versuche, die Auswirkungen der Fortschritte der kapitalistischen Produktion aufzuhalten, geopfert; Milliarden werden für fruchtlose Valorisationsversuche und für direkte Subventionen an die minderwettbewerbsfähigen Produzenten ausgegeben. Weitere Milliarden werden mittelbar demselben Zwecke in der Weise zur Verfügung gestellt, daß man durch Schutzzölle und verwandte Maßnahmen die Verbraucher zur Entrichtung höherer Preise zwingt. Das Ziel aller dieser Eingriffe, die Preise so hoch hinaufzutreiben, daß auch die wettbewerbsunfähigen Produzenten erhalten bleiben, kann gewiß nicht erreicht werden. Wohl aber bewirken alle diese Maßnahmen, daß die Anpassung der Ausstattung der verarbeitenden Industrien mit Kapital und Arbeit an die neuen Mengen der Rohstoffgewinnung hinausgeschoben wird, so daß der Güterzuwachs zunächst nur Verlegenheit bedeutet und nicht Wohlstandssteigerung. Statt daß die Fülle dem Verbraucher zum Segen wird, wird sie ihm zur Last, wenn er die Steuern und Zölle aufbringen soll, die jene Staatsinterventionen erfordern.

Der Getreidebau Mitteleuropas ist durch die Zunahme der überseeischen Produktion gefährdet. Selbst wenn die Landwirte tüchtiger, mit den modernen Verfahren vertrauter und besser mit Kapital ausgestattet wären, selbst wenn die vorherrschende Betriebsform nicht der unrationelle produktivitätshemmende Klein- und Zwergbetrieb wäre, könnten sie es auf schlechterem Boden und unter ungünstigeren Wetterbedingungen mit den Weizenfarmen Kanadas nicht aufnehmen. Mitteleuropa muß seinen Getreidebau einschränken, wie es seine Schafzucht vor Jahrzehnten eingeschränkt hat. Die Milliarden, die der aussichtslose Kampf gegen die besseren Böden Amerikas schon gekostet hat, sind nutzlos vertanes Geld. Die Zukunft der mitteleuropäischen Landwirtschaft liegt nicht im Getreidebau. Daß es in Europa Landwirtschaft auch ohne Schutzzölle, Subventionen und Privilegien geben kann, beweisen Dänemark und Holland: Die ökonomische Grund-

lage Mitteleuropas wird im übrigen in noch höherem Maße als bisher in der Industrie liegen.

Das Paradoxe der Erscheinung, daß die höhere Ergiebigkeit der Rohstoff- und Lebensmittelerzeugung Schaden stiftet, ist nunmehr unschwer zu verstehen. Die Eingriffe der Regierungen und der von ihnen geförderten Faktoren, die darauf abzielen, die Anpassung des Marktes an die durch die neuen Verhältnisse geschaffene Lage zu unterbinden, bringen es zuwege, daß der reiche Erntesegen allen zum Unheil ausschlägt.

Mit Hochschutzzöllen wurde in den letzten Jahrzehnten nahezu in allen Staaten der Welt der Versuch unternommen, die Autarkie mittlerer und kleinerer Gebiets herrschaften aufzurichten. Ungeheure Summen wurden in Fabrikanlagen investiert, für die kein wirtschaftlicher Bedarf vorlag. Das Ergebnis ist, daß wir heute reich sind an Anlagen, deren Einrichtungen nicht voll oder gar nicht ausgenützt werden können.

Der Erfolg aller dieser Bestrebungen, die Gesetze, die der Markt der kapitalistischen Wirtschaft diktiert, außer Kraft zu setzen, ist in kurzen Worten: dauernde Arbeitslosigkeit vieler Millionen, Unrentabilität der Industrie und der Landwirtschaft, stillstehende Fabriken und als Folge von alledem: höchste Verschärfung der politischen Gegensätze sowohl im Innern der Staaten als auch zwischen den Staaten.

## **6. Die Steuerpolitik.**

Der unheilvolle Einfluß der Politik auf die Wirtschaft geht über die Folgen der geschilderten interventionistischen Maßnahmen weit hinaus.

Von der Rüstungspolitik der Staaten, von den beständigen Konflikten, die sich aus den nationalen Reibungen in den gemischtsprachigen Gebieten immer wieder ergeben, und von

der Beunruhigung, die säbelrasselnde Minister und Parteien verursachen, sei da gar nicht gesprochen. Alle diese Dinge schaffen Beunruhigung und mögen so mittelbar den Krisenzustand und vor allem die Nervosität der Geschäftswelt verstärken. Unmittelbar aber wirkt die Finanzpolitik. Auch ganz abgesehen von den Rüstungsausgaben, ist die Quote des Volkseinkommens, die vom Staate für seine Ausgabenwirtschaft in Anspruch genommen wird, ständig in schnellem Wachsen. Es gibt kaum ein Land Europas, in dem nicht ungeheure Summen für meist fehlgeschlagene wirtschaftliche Unternehmungen des Staates und der Gemeinden vergeudet werden. Überall sehen wir, wie der Staat immer neue Aufgaben übernimmt, wo er doch kaum in der Lage ist, die alten Aufgaben befriedigend zu erfüllen. Überall sehen wir den Beamtenapparat anschwellen, überall werden daher die öffentlichen Abgaben erhöht. Während man allgemein von der Notwendigkeit spricht, die Produktionskosten zu ermäßigen, werden neue Steuern auf die Produktion gelegt. Die Wirtschaftskrise ist auch zugleich eine Krise der öffentlichen Finanzen, und die Krise der öffentlichen Finanzen ist ohne vollständigen Umbau der Staatstätigkeit nicht zu beheben.

Eine weitverbreitete Auffassung, von der man ruhig sagen kann, daß sie heute die öffentliche Meinung beherrscht, glaubt, daß öffentliche Abgaben harmlos seien, wenn sie als Besitzsteuern eingehoben werden, und hält daher jede Staatsausgabe für gerechtfertigt, wofern die Mittel für sie nicht durch Massenverbrauchssteuern oder Einkommensteuerleistung der Massen aufgebracht werden sollen. Diese Auffassung, die für die Verschwendungssucht des öffentlichen Haushaltes verantwortlich zu machen ist, hat dazu geführt, daß der Finanzpolitik das Gefühl für die Notwendigkeit des Haushaltes ganz abhanden gekommen ist. Daß große Teile des Volkseinkommens in sinnloser Weise geopfert werden, um vergebliche Preisstützungsaktionen durchzuführen, um durch Subventionen den aussichtslosen Versuch zu unter-

nehmen, lebensunfähige, weil unrentable Betriebe zu erhalten, um den Abgang unrentabler öffentlicher Unternehmungen zu decken und um die Arbeitslosigkeit von Millionen zu finanzieren, wäre selbst dann nicht zu rechtfertigen, wenn die Mittel hierfür in einer Weise aufgebracht würden, die die Krise nicht verschärft. Daß die Steuerpolitik darauf ausgeht, vorwiegend oder ausschließlich den Ertrag des Kapitals und das Kapital selbst zu besteuern, führt dazu, daß die Kapitalbildung verlangsamt, in vielen Ländern selbst dazu, daß Kapital aufgezehrt wird. Das trifft nicht, wie allgemein geglaubt wird, allein die Kapitalisten. Je ungünstiger sich das quantitative Verhältnis zwischen Kapital und Arbeitshänden gestaltet, desto tiefer liegen die Lohnsätze, die sich auf dem freien Arbeitsmarkte bilden. Es werden mithin auch die Arbeiter von dieser Politik in Mitleidenschaft gezogen.

Daß die Unternehmer vielfach genötigt sind, ihre Geschäfte im Hinblick auf die Steuergesetzgebung anders zu führen als auf die rationellste Art, vermindert die Ergiebigkeit der Produktion und damit den für die Versorgung zur Verfügung stehenden Konsumtionsfonds, und da begreiflicherweise die Kapitalisten sich scheuen, ihr Kapital in Ländern zu belassen, deren Besteuerung die höchste ist, und sich jenen Ländern zuwenden, in denen die Steuern niedriger sind, wird die Anpassung des Produktionsapparates an die veränderte Bedarfsgestaltung erschwert.

Gewiß hat die Finanzpolitik die Krise nicht geschaffen, aber sie trägt dazu bei, sie wesentlich zu verschärfen.

## 7. Die Goldproduktion.

Eine weitverbreitete Auffassung führt die Krise auf die Unzulänglichkeit der Goldproduktion zurück.

Der Grundfehler dieser Versuche, die Krise zu erklären, liegt in der Gleichsetzung von Preisfall und Krise. Aus den Verhältnissen der Goldproduktion könnte man ein langsames, aber stetiges Niedergleiten der Preise aller Güter und Dienstleistungen erklären. Die Geschäftsleute sind an eine Gestaltung des Verhältnisses zwischen Goldvorrat und Goldbedarf gewöhnt, aus der sich als secular trend ein langsames stetiges Steigen der Preise ergab. Doch die Geschäftsleute hätten sich auch mit einer anderen Gestaltung der Dinge abgefunden, und wenn die Entwicklung es erfordern sollte, werden sie es gewiß tun. Anpassungsfähigkeit ist doch die wichtigste Eigenschaft des Kaufmanns. Auch wenn die allgemeine Tendenz der Preise das Sinken ist, kann der Geschäftsmann mit Gewinn arbeiten, kann es aufsteigende Entwicklung des Wohlstandes geben.

Die stürmischen Preisrückgänge seit 1929 sind jedoch bestimmt nicht durch die Gestaltung der Goldproduktion hervorgerufen worden. Und vollends hat der Umstand, daß der Preisrückgang nicht allgemein ist, daß er nämlich nicht auch die Löhne erfaßt hat, nichts mit der Goldproduktion zu tun.

Daß zwischen der Menge der Goldausbeute und der Preisgestaltung ein enger Zusammenhang besteht, ist richtig und wird erfreulicherweise heute von niemand mehr bestritten. Wäre die Goldproduktion in den letzten Jahren beträchtlich größer gewesen als sie tatsächlich war, dann wäre der Preisfall abgeschwächt worden oder vielleicht überhaupt nicht eingetreten. Unrichtig wäre es nur anzunehmen, daß dann die Krisenerscheinungen ausgeblieben wären. Die Bestrebungen der Gewerkschaften, die Löhne über den Stand, den sie auf dem

unbehinderten Märkte eingenommen hätten, hinaufzutreiben, und die Bestrebungen der Regierungen, die schwierige Lage verschiedener Produzentengruppen zu erleichtern, sind unabhängig davon, ob die Nominalpreise höher oder niedriger sind. Die Gewerkschaften kämpfen ja nicht um die Höhe des Nominallohnes, sondern um die Höhe des Reallohnes, und das, was die Produzenten von Kaffee, Weizen, Roggen usw. veranlaßt, staatliche Eingriffe zu fordern, ist nicht die Rücksichtnahme auf den Stand der Nominalpreise, sondern die Rücksichtnahme auf die Rentabilität ihrer Unternehmungen. Diese Rentabilität wäre aber auch bei einem höheren Preise nicht günstiger als sie gegenwärtig ist, weil doch, wenn die Goldmenge vermehrt worden wäre, nicht nur die Preise der Produkte, die die betreffenden Unternehmungen erzeugen und verkaufen wollen, sondern auch die Preise aller ihrer Kostengüter entsprechend höher geblieben oder geworden wären. Denn wenn auch die Vermehrung der Goldmenge wie jede Inflation nicht gleichmäßig und gleichzeitig alle Preise berührt, so daß sie einzelne Gruppen in der Volkswirtschaft bevorzugt, andere benachteiligt, so fehlt doch jede Begründung für die Annahme, daß sie im konkreten Falle gerade die Stellung der Produzenten, die sich heute über Unrentabilität ihrer Betriebe zu beklagen haben, verbessern müßte. Es könnte auch sein, daß ihre Lage nicht verbessert, sondern verschlechtert worden wäre.

Der Irrtum, der Krise und Preisrückgang für identisch hält und daher in der Unzulänglichkeit der Goldproduktion die Ursache der Krise erblickt, ist darum so besonders gefährlich, weil er zur Ansicht führt, daß man die Krise durch eine Vermehrung der Umlaufmittelzirkulation bekämpfen könnte. Man fordert daher, daß die Banken durch Ausgabe von zusätzlichen Banknoten und durch zusätzliche Kreditgewährung durch Gutschrift die Konjunktur ankurbeln. Damit könnte man zwar zunächst eine Hausse hervorrufen, aber ein derartiger Aufschwung müßte, wie wir gesehen haben, schließlich zu

einem Zusammenbruch der Konjunktur, zu einer neuen Krise führen. Es ist erstaunlich, daß ernstzunehmende Leute eine solche Forderung stellen oder unterstützen können. Alles, was man zugunsten eines solchen Vorgehens vorbringen könnte, ist schon hundertmal vorgebracht und tausendmal widerlegt worden. Nur *ein* Argument ist neu, darum aber nicht weniger falsch. Man meint, daß durch eine Inflation die Überhöhung der Löhne am einfachsten behoben werden könnte. Dieses Argument zeigt, wie ängstlich unsere Nationalökonomien darauf bedacht sind, nur ja nicht den Gewerkschaften zu mißfallen. Obwohl sie nicht umhin können, einzusehen, daß die Löhne überhöht sind und ermäßigt werden müssen, wagen sie es nicht, offen zu fordern, daß dieser Überhöhung ein Ende gemacht werde; sie schlagen vielmehr vor, die Gewerkschaften gewissermaßen zu überlisten. In der kommenden Inflation soll der Nominallohn nicht geändert werden, was einer Ermäßigung des Reallohnes gleichkommen würde. Dabei wird ohne weiteres angenommen, daß die Gewerkschaften in der kommenden Hausse keine weiteren Lohnforderungen stellen werden, daß sie vielmehr ruhig dem Rückgang des Reallohnes zusehen werden. Selbst wenn man diese ganz unberechtigt optimistische Erwartung für richtig halten würde, so wäre damit noch nichts erreicht. Eine durch bankpolitische Maßnahmen herbeigeführte Hausse muß schließlich wieder zur Krise und zur Depression führen, so daß man auf diesem Wege das Problem der Lohnsenkung nur vertagen, aber nicht beheben könnte.

Immerhin mögen manche schon darin einen großen Vorteil erblicken, daß die nicht zu vermeidende Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftspolitik auf einen späteren Zeitpunkt hinausgeschoben wird. Man vergißt aber, daß durch jede künstliche Hausse große Kapitalmengen fehl angelegt und dadurch vergeudet werden, und daß jede Schwächung des Kapitalbestandes der Gesellschaft zu einer Senkung des natürlichen oder statischen Lohnes führen muß. Die Hinaus-

schiebung der Entscheidung kostet also die Massen sehr viel und wird die endliche Auseinandersetzung nicht leichter, sondern schwerer machen.

### **8. Gibt es einen Ausweg?**

Die schweren Erschütterungen der Wirtschaft sind das notwendige Ergebnis einer Politik, die das Wirken des Marktes, des Regulators der kapitalistischen Produktion, unterbindet. Wenn man alles daransetzt, um zu verhindern, daß der Markt seine Funktion, Angebot und Nachfrage zur Deckung zu bringen, erfüllt, darf man sich nicht wundern, daß dauernd ein krasses Mißverhältnis zwischen beiden bestehen bleibt, daß es viele Millionen Arbeitslose gibt, daß Waren unverkäuflich sind, daß Fabriken stillstehen, daß Not und Elend wachsen und daß schließlich als Folge davon in der Politik destruktivistischer Radikalismus um sich greift.

Die periodisch wiederkehrenden Krisen des zyklischen Konjunkturwechsels sind die Auswirkung der immer wieder von neuem aufgenommenen Versuche, den Zinsfuß, der sich auf dem unbehinderten Markte bildet, durch das Eingreifen der Bankpolitik - Erweiterung des Kredits durch zusätzliche Schaffung von ungedeckten Noten und Kassenführungsguthaben - zu unterbieten, um so einen Aufschwung herbeizuführen. Die Krise, unter der wir heute leiden, ist auch von dieser Art. Sie geht aber nicht nur in ihren Ausmaßen, sondern auch in ihrem Wesen über den Typus der Depression eines Konjunkturzyklus hinaus, weil die Eingriffe in den Marktmechanismus, die sie ausgelöst haben, sich nicht auf die Gestaltung des Zinsfußes beschränkt, sondern auch Warenpreise und Löhne unmittelbar betroffen haben.

In der Wirtschaftskrise wird der Zusammenbruch der interventionistischen Wirtschaftspolitik offenbar, die heute von allen Regierungen, gleichwohl ob sie Parlamenten verantwort-



lich sind oder als Diktatoren frei walten, betrieben wird. Die Katastrophe kam freilich nicht unerwartet. Die nationalökonomische Theorie hat dieses Ergebnis des Interventionismus schon längst vorausgesagt.

Die kapitalistische Wirtschaftsordnung, d. h. die auf dem Sondereigentum an den Produktionsmitteln beruhende Gesellschaftsverfassung, wird heute von allen politischen Parteien und von allen Regierungen einmütig abgelehnt. In der Frage, was dann in fernerer Zukunft einmal an die Stelle dieser Wirtschaftsordnung zu setzen wäre, ist keine ähnliche Übereinstimmung der Anschauungen zu finden; viele, aber doch nicht alle, erblicken im Sozialismus das Ziel und wie gern sich hartnäckig, das Ergebnis der wissenschaftlichen Überprüfung der sozialistischen Ideologie, die die Undurchführbarkeit des Sozialismus erwiesen hat, anzunehmen und aus den Erfahrungen der europäischen und der russischen Sozialisierungsversuche etwas zu lernen. In bezug auf die Aufgaben der gegenwärtigen Wirtschaftspolitik herrscht aber wieder volle Übereinstimmung: man strebt einen Gesellschaftszustand an, von dem man annimmt, daß er, von Sozialismus und Kapitalismus »gleichweit« entfernt, eine Kompromißlösung darstellt; man will das Sondereigentum an den Produktionsmitteln zwar nicht aufheben, man will es fortbestehen lassen, jedoch geleitet, reguliert und kontrolliert durch den Staat und andere Faktoren der gesellschaftlichen Zwangsorganisation. Von diesem System des Interventionismus weist jedoch die Wissenschaft der Nationalökonomie in unwiderlegbarer Beweisführung nach, daß es sinnwidrig ist, d. h. daß alle die Eingriffe, aus denen es besteht, niemals zu den Zielen führen können, die ihre Urheber damit zu erreichen hoffen, und daß jeder Eingriff von niemand gewünschte Wirkungen auslöst. Sinn und Zweckmäßigkeit empfängt die kapitalistische Gesellschaftsordnung vom Markte her. Unterbindet man die Funktion des Marktes und der Preisbildung, dann

schaft man nicht Ordnung, sondern das Chaos, die Wirtschaftskrise.

Alle Versuche, aus der Krise durch neue interventionistische Maßnahmen herauszukommen, sind ganz und gar verfehlt. Es gibt nur *einen* Ausweg aus der Krise: man muß alle Versuche, die Auswirkung der Marktpreise auf die Produktion zu unterbinden, unterlassen. Man muß es aufgeben, eine Politik fortzusetzen, die Zinssätze, Löhne und Warenpreise anders gestalten will als der Markt sie gestaltet. Das mag den herrschenden Anschauungen widersprechen und ist gewiß nicht volkstümlich. Alle Regierungen und politischen Parteien sind heute auf den Interventionismus eingeschworen, und man kann nicht erwarten, daß sie ihr Programm preisgeben. Aber vielleicht ist es nicht allzu optimistisch, anzunehmen, daß die Regierungen und Parteien, deren Politik zu dieser Krise geführt hat, einmal vom Schauplatz verschwinden und Männern weichen werden, deren wirtschaftspolitisches Programm nicht zur Zerstörung und zum Chaos, sondern zum Aufbau führt.